

Der Spätstalinismus und die „jüdische Frage“ – neue Forschungsansätze und offene Fragen

von Leonid Luks, Eichstätt

Warum verwandelte sich der Bolschewismus im letzten Stalinschen Jahrzehnt aus einer politischen Kraft, die den Antisemitismus verurteilte und sogar unter Strafe stellte, in einen der wichtigsten Wortführer des Kampfes gegen den sogenannten Kosmopolitismus und Zionismus, d.h. gegen die Juden? Mit diesem Paradigmenwechsel im Kommunismus befaßt sich ein Forschungsprojekt am Lehrstuhl für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt, das sich zur Zeit in der Vorbereitungsphase befindet. Die Stalinsche Politik gegenüber den Juden zeichnete sich durch eine ausgesprochene Ambivalenz aus, die ungeachtet der partiellen Öffnung der Archive für die Forschung viele Rätsel aufgibt. Diese Ambivalenz kam insbesondere nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges deutlich zum Ausdruck. Einerseits versuchte Moskau die jüdische Karte zu spielen und gründete für diesen Zweck im April 1942 das Jüdische Antifaschistische Komitee. Das Komitee appellierte an die jüdische Öffentlichkeit im Westen, die Sowjetunion in ihrem Überlebenskampf zu unterstützen. Zur gleichen Zeit begann aber die Krenmlführung Säuberungen nach rassischem Prinzip, um manch sowjetische Institution von der sogenannten „jüdischen Dominanz“ zu befreien. Der Antisemitismus, der bis dahin im kommunistischen Vokabular als „bürgerliches Vorurteil“ gegolten hatte und immer wieder angeprangert worden war, begann nun immer stärker die sowjetische Politik zu bestimmen. Vor der partiellen Öffnung der sowjetischen Archive war die Mehrheit der Forscher davon überzeugt, daß die antisemitische Wende des stalinistischen Regimes erst nach der Bezwingung des Dritten Reiches stattgefunden hatte. Die nun zugänglichen Dokumente zeigen jedoch, daß diese Wende um einige Jahre vorverlegt werden muß. Bereits im Jahre 1942, als die deutschen Truppen sich Stalingrad näherten, wurde in der Abteilung für Propaganda des bolschewistischen ZK eine Reihe von Denkschriften und Dokumenten verfaßt, die einen eindeutig antisemitischen

Charakter trugen. Die Grundzüge der „antikosmopolitischen“ Kampagne, die etwa sechs Jahre später beginnen sollte, waren hier bereits antizipiert. Schon 1942 wurden die Juden als „nationale Nihilisten“ und „Verderber der russischen Kulturwerte“ bezeichnet, die das Wesen des Russentums nicht begreifen könnten. Der Appell an den russischen Patriotismus, der dem stalinistischen Regime in seinem Überlebenskampf so gute Dienste zu erweisen vermochte, begann sich bereits 1942/43 mit antisemitischen Tönen zu vermischen.

Ambivalenz der sowjetischen Politik

Auch nach der Bezwingung des Dritten Reiches blieb die sowjetische Judenpolitik ausgesprochen ambivalent. So läßt z.B. die von Stalin befohlene Ermordung des Vorsitzenden des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und Schauspielers Solomon Michoels (Januar 1948) viele Fragen offen. Denn der Mord an dieser Symbolfigur des sowjetischen Judentums geschah ausgerechnet in der Zeit, in der Moskau dabei behilflich war, den uralten jüdischen Traum von der Errichtung eines eigenen Staates zu verwirklichen. Der sowjetische UNO-Botschafter Andrej Gromyko verkündete im Mai 1947: „Es wäre ungerechtfertigt, dem jüdischen Volk das Recht [auf die Gründung eines eigenen Staates] abzusprechen, insbesondere angesichts all dessen, was es während des II. Weltkrieges erlitten hat.“

Ein Satellitenstaat Moskaus – die Tschechoslowakei – lieferte 1948 die dringend benötigten Waffen nach Israel. Die Juden aus den von der Sowjetunion abhängigen Staaten Osteuropas durften relativ ungehindert nach Israel auswandern. Etwa 300.000 von ihnen gelangten in den Jahren 1948–52 in den jüdischen Staat. Zugleich bekämpfte aber Moskau brutal die zionistischen Bestrebungen in der Sowjetunion selbst und ließ bis auf wenige Ausnahmen keine sowjetischen Juden nach Israel auswandern. Alle diese Widersprüche bedürfen einer Erklärung.

Auch die „antikosmopolitische“ Kampagne, die seit 1948/1949 eine eindeutig antisemitische Ausrichtung bekam, enthielt mehrere Widersprüche.

Offene Forschungsfragen

Trotz der weitgehenden Stalinisierung des Ostblocks wurde die antikosmopolitische Kampagne in einzelnen kommunistischen Ländern mit unterschiedlicher Intensität geführt. Deshalb ist eine vergleichende Analyse der jeweiligen Rahmenbedingungen erforderlich, um die Frage nach den Ursachen für die antijüdische Wendung des Stalinismus zu beantworten. Auch ein anderes Problem bedarf einer Klärung: Warum wurde die „antikosmopolitische“ Kampagne von 1948/49 vorübergehend eingestellt, um dann, nach zwei Jahren, in einer noch schärferen Form wiederaufzuleben? Abgesehen davon wird das Projekt auch auf das Spannungsverhältnis zwischen dem internationalistischen Erbe der bolschewistischen Ideologie und der antijüdischen Ausrichtung des Spätstalinismus eingehen. Trotz der physischen Vernichtung eines großen Teils der „alten bolschewistischen Garde“ konnte sich Stalin von der bolschewistischen Tradition, die auch kosmopolitische Komponenten enthielt, nicht gänzlich lossagen. Dies hätte die Legitimität seines Regimes in Frage stellen können. Deshalb war der offene und hemmungslose Antisemitismus, wie ihn rechte Gruppierungen praktizieren, für die Stalinisten nicht möglich. Ihre antijüdische Politik mußte zwangsläufig viele Widersprüche und Brüche enthalten, mit denen sich das Projekt befassen wird. Die antisemitische Wendung des spät-

stalinistischen Regimes spiegelte bestimmte ideologische und politische Konflikte innerhalb der sowjetischen Machtelite wider. Auch auf diese Frage wird das Projekt eingehen.

In den letzten Jahren der Stalinschen Herrschaft (etwa ab 1951) begann die sowjetische Judenpolitik ihre Ambivalenz zu verlieren und wurde beinahe offen antisemitisch. Auch diese politische Wende gibt der Forschung Rätsel auf. Unklar ist auch die Tatsache, warum der Prozeß gegen führende Vertreter des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (Mai–Juli 1952), der mit 13 Todesurteilen endete, geheim blieb, der Slánský-Prozeß hingegen (November 1952), der eine neue Terrorwelle gegen die Juden einleiten sollte, öffentlich verlief. Bei der Analyse der Antisemitismus-Kampagne der Jahre 1948–53 fällt auf, daß sie Ähnlichkeiten mit den Kampagnen gegen andere Gruppen von „Volksfeinden“ aufweist, so gegen den „Trotzkismus“ oder gegen den „Titoismus“. Das Projekt wird auf diese Parallelen eingehen, um dadurch zum Verständnis eines der zentralen Mechanismen der Stalinschen Herrschaftstechnik beizutragen. Zugleich wird sich aber die Arbeit mit den grundlegenden Unterschieden zwischen der „antititoistischen“ und der „antikosmopolitischen“ Kampagne befassen, die in der bisherigen Forschung in der Regel vernachlässigt wurden.

Leonid Luks ist Univ.-Professor für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt.

Für die Berliner Gerichte und Notare allgemein beeidigte Dolmetscherin/Übersetzerin Deutsch/Russisch, Russisch-Muttersprachlererin mit langjähriger Erfahrung, übernimmt **Übersetzungs- und Dolmetscheraufträge**, speziell im wissenschaftlichen Bereich.

Auch beglaubigte Übersetzungen von **Urkunden, Verträgen**, etc.

Jelena Fischer, Französische Str. 17, 10117 Berlin

Tel./Fax: 20816 86

E-mail: jelena.fischer@t-online.de